

# Der Sozialdemokrat



der tschechoslowakischen Arbeiterpartei  
der tschechoslowakischen Republik.

Freitag, 21. Juli 1922.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
ganzzährlich . . . 192.—

Für Deutschland  
monatlich 6K 600.— für  
Deutschland 7K 40.—

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

Z. Jahrgang.

Nr. 169.

## Kapitalistische Sehnsucht.

Das Hauptblatt der tschechischen Kapitalistenklasse, die „Narodni Listy“, hat einen Versuchsballon steigen lassen. In seiner Mittwochausgabe veröffentlicht es einen Leitartikel, der der Sehnsucht nach Verlängerung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit Ausdruck gibt. Nach dem „Prager Tagblatt“, dem Hauptblatte der deutschen Kapitalistenklasse, das vor einiger Zeit, wie gezeigt wurde, das Verlangen nach Beseitigung des Achtstundentages äußerte, stellt sich nun das tschechisch-kapitalistische Blatt an seine Seite und wendet sich gegen die „Unberührbarkeit“ der achtstündigen Arbeitszeit. Die Einigkeit der goldenen Internationale ist wieder einmal hergestellt. Das tschechische Blatt weiß natürlich, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in der gegenwärtigen Zeit der Krise, da in fast allen Industriezweigen die Arbeiter Feierschichten einlegen müssen, überhaupt nicht diskutierbar ist, dennoch sind seine Betrachtungen über den Achtstundentag nicht etwa nur dem in den Hundstagen entstandenen Mangel eines geeigneteren Leitartikelstoffes zuzuschreiben. Nein, den Herren, die den tschechischen Bank- und Industriemagnaten publizistisch zu dienen haben, ist es schon ernst, und wenn sie heute, da die Krise eher eine weitere Einschränkung als eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig macht, dennoch vom Achtstundentag reden, verbinden sie damit gewisse Absichten. Das Blatt möchte, da es einer Durchbrechung der achtstündigen Arbeitszeit das Wort redet, schon jetzt vorbereiten und die Stimmung erschöpfen, welche die Absicht der Unternehmer, bei Beginn einer besseren Konjunktur die Arbeitszeit zu verlängern, vorfinden dürfte. Nun, um eine klare und unabweidung Antwort der Arbeiterklasse braucht dem Blatte nicht bange zu sein.

Das Organ der Krampf und Rasin, das den Achtstundentag am liebsten schon beseitigt hätte, verlangt nicht offen und geradezu seine Abschaffung. Es macht vor ihm sogar eine heuchlerische Verbeugung. Das Blatt verneint, es besonders geschieht anzustellen, daß es vorläufig nur verlangt, daß die Unternehmer durch den Achtstundentag nicht daran gehindert sind, Bestellungen rasch und pünktlich auszuführen. Es argumentiert: wenn die Industrie die Konkurrenz bestehen soll, dann muß jeder Betrieb die Bestellungen raschest erledigen und die Lieferzeit genauest einhalten können, denn gerade die ersten Lieferungen, die Solidität und Schnelligkeit ihrer Durchführung seien für die Anknüpfung dauernder Geschäftsverbindungen entscheidend, was bei einer Industrie, welche zu fünfzig Prozent auf den Export angewiesen ist, von großer Bedeutung sei. Rüsse der Unternehmer die Bestellung einer Kundenschaft, weil er sie nicht rechtzeitig ausführen kann, ablehnen, so schädige er dauernd seinen Betrieb. Und nun kommt der Pferdefuß: „Dabei stellt sich dem Unternehmer eine große Schwierigkeit in den Weg: die Unberührbarkeit der achtstündigen Arbeitszeit“. Es handle sich, so flötet das Blatt, nicht um eine allgemeine Beseitigung des Achtstundentages, sondern bloß um die Zustimmung dazu, daß die Arbeitszeit in gewissen dringenden Fällen vorübergehend, keineswegs ständig, um ein wenig verlängert werden könne. Wenn das nicht geschehe, so werde die Industrie derart zurückgehen, daß sie die Arbeiter bald überhaupt nicht beschäftigen können.

Was die „Narodni Listy“ da in die Sorge um die Erhaltung der Industrie einfließen, ist nichts anderes, als der erste Versuch, an den Achtstundentag Hand anzulegen. Darüber wird das Blatt niemanden täuschen, denn handelte es sich ihm bloß darum, wie es vorgibt, bei zeitweiliger Arbeitsanhäufung und bei dringenden Bestellungen die Möglichkeit einer vorübergehenden Verlängerung der Arbeitszeit zu bewirken, so weiß es doch selbst, daß diese Möglichkeit auch heute besteht, denn in dringenden Fällen wird dem Unternehmer auch nach den heute geltenden Bestimmungen Ueberzeitarbeit bewilligt. Aber darum geht es dem Kapitalistenblatte gar nicht, sondern eben um die verhasste grundsätzliche „Unberührbarkeit“ des gesetzlich festgeleg-

## Die Internationale Konferenz in Amsterdam.

Für die internationale Einheitsfront zur Unterstützung der Arbeiter Deutschlands. — Für die Revision der Friedensverträge. — Gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion.

Amsterdam, 19. Juli (Wolff). Heute vormittags fand hier die internationale Konferenz statt, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und den Leitungen der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft einberufen wurde, um über die Möglichkeit der Schaffung einer gemeinschaftlichen Front zum Schutze der Republik und der Unterstützung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die Reaktion und die nationalistischen und monarchistischen Strömungen in Deutschland zu beraten. Es nahmen daran teil: Für die Leitung der zweiten Internationale Tom Shaw (England), J. Anters (Belgien), Troelstra und Wibaut (Holland) für die Leitung der Wiener Arbeitsgemeinschaft Longuet, Brake (Frankreich), Wallhead (England), Grim und P. Graber (Schweiz), R. Cermak (Tschechoslowakei), S. Kaplanski (Poale-Zion) und Friedrich Adler (Österreich). Vom Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes waren anwesend: Thomas (England), Johaug (Frankreich), C. Merten (Belgien) und die Sekretäre Jimmen und Dudgeest und von deutscher Seite Otto Wels und Crispian.

Zu Beginn der Sitzung lezte der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Jimmen den Zweck der Konferenz auseinander, indem er erklärte, die Lage Deutschlands habe die Leitung des internationalen Gewerkschaftsbundes zur Ueberzeugung gebracht, daß der Augenblick gekommen sei, um im Interesse sowohl des deutschen Proletariats als auch der Arbeiter aller Länder eine internationale Einheitsfront zur Unterstützung der deutschen Arbeiter zu bilden. Es sei notwendig, zu einem internationalen Uebereinkommen betreffend die Aenderung derjenigen Teile der Friedensverträge zu gelangen, die mit daran schuld seien, daß nicht allein die Reaktion in Deutschland stets wieder neuen Stoff für ihre Agitation gegen die Republik findet, sondern auch daß die Arbeiter in beinahe allen Ländern vom wirtschaftlichen Elend betroffen würden. Die Leitungen der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft erklärten sich bereit, zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbunde Mittel und Wege zu finden, um gemeinsame Vorschläge zu verwirklichen.

## Neuer Faschistensturm in Italien.

Rom, 20. Juli. In Mailand ist zum ersten wie ehemals wieder die Volkshäuser der Sympathie mit dem in Piemont Sozialisten, morden Arbeiter und steden Häuser gegen die Gewalttätigkeiten der Faschi in Brand. Das an verschiedenen Orten gleichzeitig verkündeten Streik der allgemeine Ausstand zeitig aufflodernde Faschistenunwesen läßt vernunfklärt worden. Die Mailänder Blätter veröffentlichen eine Rundgebung der Faschistenvereiniung, auf die Ruhe und Ordnung des italienischen Staates handelt. Da man den Faschisten — wie in Deutschland vor der Ermordung Rathenau den Geheimorganisationen und Nordbänden — von Seiten der Regierung untätig zusieht und

In Piemont, Cremona, Turin und anderen immer erst eingreift, bis die Nordbunden längst Orten sind die Faschisten neuerdings zum Angriff verschwunden sind, hat das Proletariat zur Übergegangenen. Unter Vorpiegelung der Abwehr Selbsthilfe gegriffen. Man muß auf schwere Ueiner Volkshewisierung Italiens stürmen die Faschisten in Italien gefaßt sein.

ten Achtstundentages, die es beseitigt sehen möchte!

Diese Gelüste mögen sich aber das Blatt wie seine Auftraggeber gründlich und reiflos vergehen lassen, denn an den Achtstundentag, diese bedeutsamste kulturelle und sozialpolitische Errungenschaft der Arbeiterschaft zu rühren, würde einen Sturm entfesseln, der den Angreifern übel bekommen würde. Die Arbeiterschaft mancher Industriezweige, durch die Krise in ihrer Abwehrkraft geschwächt, mußte sich Lohnkürzungen aufzwingen lassen, aber die Unternehmer würden sich grundsätzlich täuschen, wenn sie meinen sollten, daß sich die Arbeiter nun auch einen Raub des Achtstundentages gefallen lassen würden.

Daß die Kapitalisten — Deutsche wie Tschechen — den Achtstundentag hassen, liegt im Sinne und Geiste dieser Klasse und muß als ein Ausfluß ihrer Selbstsucht und Borniertheit hingegenommen werden, daß sie aber versuchen, den Achtstundentag für alles mögliche verantwortlich zu machen, woran ihre Rückständigkeit die Schuld trägt, muß doch energig zurückgewiesen werden. Die Einführung des Achtstundentages als eines der Mittel zur Wiederherstellung der durch den Wahnsinn des vierjährigen Krieges völlig ausgeschöpften Volkskraft, zur Gesundung der halbverhungerten Arbeitermenschen, bedeutete einen geschichtlichen Augenblick, der bei den Unternehmern aber ein kleines Geschlecht fand. Es fiel ihnen nicht ein, daß es nun ihre Aufgabe wäre, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit

etwa herbeigeführte Senkung der Produktion durch eine Rationalisierung der Arbeit wettzumachen. Seit einer Reihe von Jahren waren sie gewohnt, die zu verdienen, und die hohe Profitrate, die ihnen zufiel, ließ ihnen die Intensivierung der Arbeit und die Vervollkommnung der Produktionsmittel und Arbeitsmethoden als überflüssig erscheinen. So war es die hohe Gewinnrate, die lähmend auf die durch die Einführung des Achtstundentages notwendig gewordene technische Entwicklung wirkte und die Unternehmer abhielt, in ihren Betrieben eine bessere Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten herbeizuführen. Anstatt also ihre Betriebe zu modernisieren und neue, kohlen- und kraftsparende Maschinen anzuschaffen, wandten sie sich, als die Krise einsetzte und das fette Verdienen etwas nachließ, voll Horn und Haß gegen die angeblich „hohen Löhne“ und gegen den Achtstundentag, denen sie in ihrer Rückständigkeit und in ihrem Arbeiterhaß die Schuld daran zuschoben, daß die Quellen des Profites nicht mehr in so starken Strömen fließen wollten. Das kann natürlich für die Arbeiterschaft kein Grund sein, sich über das Anfinnen der Kapitalisten, den Achtstundentag zu durchlöchern, auch nur in eine ernsthafte Auseinandersetzung einzulassen.

Der Artikel des tschechischen Kapitalistenblattes ist jedenfalls ein Beweis dafür, wie dreist die soziale Reaktion bei uns sich bereits aufährt. Er deutet ihre Absichten und Sehnsüchte in einer Weise an, welche die Arbeiterschaft zwingen muß, auf der Hut zu sein!

## Kommunistische Parteimoral.

Die unbekannte Exekutive.

Anlässlich des bekannten Falles Kunte-Brunner erließ die Kreisexekutive der Kommunistischen Partei Nordböhmen VI in der Nummer vom 2. Juni l. J. des Reichenberger „Vorwärts“ einen Aufruf, in dem die Genossen Schäfer, Bohl, Roscher, Macoun, das sozialdemokratische Organ „Freigeist“ und die „sozialdemokratischen Redakteure“ der Denunziation des verhafteten Kunte-Brunner beschuldigt wurden. Die angeführten Genossen wurden als „Anechte der Gegenrevolution“, „Polizeiagenten“, „Verräter“ und „Judas“ bezeichnet, die sozialdemokratischen Redakteure außerdem als „Helfershelfer des Baron Klingler“. Der Aufruf war, wie bemerkt, offiziell von der Exekutive des VI. Kreises (Nordböhmen) der K. P. C. gezeichnet. Es ist in den Berichten über die Verhaftung des Kunte-Brunner mehrfach nachgewiesen worden, daß weder der „Freigeist“ noch die sozialdemokratischen Redakteure, noch die in dem Aufrufe genannten Gewerkschaftsfunktionäre mit der Verhaftung Brunners in einen Zusammenhang gebracht werden konnten. Den Grund zur Verhaftung bildete ein eigener Artikel Kunte-Brunners in phantastischer Aufmachung, welcher in der kommunistischen Presse, vom Verfasser namentlich gezeichnet, erschien.

Die in dem Aufrufe der kommunistischen Kreisexekutive beschimpften Genossen brachten die Klage, sowohl gegen die Redaktion des „Vorwärts“ als auch gegen die Exekutive des VI. Kreises Nordböhmen der K. P. C. ein. Als deren öffentlich bekannte Funktionäre wurden der Kreisvertrauensmann Adalbert Hampel und dessen Stellvertreter Anton Hanke gefolgt; bezüglich der übrigen Mitglieder der Exekutive, deren Namen den Klägern nicht bekannt sind, wurden Voreverhebungen beantragt. Der Aufruf der kommunistischen Kreisexekutive enthielt nach der Nennung der klagenden Genossen und nach Anführung der beschimpfenden Ausdrücke den Satz: „Mit vollem Bewußtsein der Schwere der Anklage wiederholen wir sie: Sie sind Verräter im wahren Sinne des Wortes, Sie sind Verräter an den kämpfenden Arbeitern!“ Nach dieser Verfassung des Aufrufes konnte es für die darin Genannten keine andere Ueberlegung geben, als durch die gerichtliche Klage zu ermöglichen, daß die Behauptungen des kommunistischen Aufrufes auf ihre Wahrheit geprüft werden. Trotz aller Erfahrungen in dem nun fast zweijährigen Kurse unbewiesener Verleumdungen durch den kommunistischen „Vorwärts“ mußte man immerhin annehmen, daß in einem Falle, wo die ausführende Parteikörperschaft die Angriffe gezeichnet, die verantwortlichen Mitglieder auch bereit sein werden, die erhobenen Beschuldigungen zu vertreten. Vor der Einleitung des gerichtlichen Verfahrens wandelten sich zwei der Genossen, Roscher und Macoun, schriftlich an die Funktionäre der kommunistischen Exekutive Hampel und Otto Heller und verlangten die Angabe der Namen der Mitglieder der Exekutive, mit der Bemerkung, daß es auch der kommunistischen Partei erwünscht sein müsse, die Beschuldigungen zu begründen.

Die Herren Hampel und Heller antworteten aber sinngemäß übereinstimmend, daß sie die Namen der Exekutivmitglieder nur unter der Bedingung angeben, daß ein besonderes Schiedsgericht zur Austragung dieser Sache einberufen würde. Jeder vernünftige Mensch begriff das Unsinnsige dieses Vorschlages, der eine sehr mangelfhafte Verhüllung des Ausweizens vor der persönlichen Verantwortung für den Aufruf vom 2. Juni ist. Tatsächlich aber ist sowohl nach dem offenen Antwortschreiben an Genossen Roscher, gezeichnet von Adalbert Hampel, („Vorwärts“ 15. Juni 1922) wie aus dem Briefe des Otto Heller an Genossen Macoun vom 15. Juni l. J. festzustellen, daß diesen beiden die Namen der Mitglieder der Kreisexekutive der kommunistischen Partei bekannt sind. Das kann auch gar nicht anders sein, da Hampel Kreisvertrauensmann ist, d. i. Vorsitzender der kommunistischen Kreisorganisation Reichenberg, Heller Sekretär derselben Organisation ist oder bis vor kurzem war.

Da also die beiden Herren in ihrer Bescheidenheit die anderen Mitglieder der Exekutive nicht nannten, mußten sich die Kläger auf die bekannten Mitglieder Hampel und Hanke beschränken. Außerdem wurde natürlich der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Fritz Runge, gefolgt.

Es liegen nun die gerichtlichen Protokolle über die Einvernahme der gelagten kommunistischen Führer des Kreises Reichenberg vor, die ein herrliches Gegenstück zu dem geschwollenen Aufruf der Exekutive des VI. Kreises vom 2. Juni darbieten. Wir geben sie im Wortlaut wieder:

Protokoll aufgenommen mit Friz Runge. Kreisgericht Reichenberg Abt. VIII, am 21. Juni 1922.

Richter: Siegmund. Schriftführer: Hengel. Strafsache gegen Friz Runge und Genossen wegen Ehrenbeleidigung.

Friz Runge sagt aus:

Ich habe den inkriminierten Artikel in Nr. 128 des „Vorwärts“ weder selbst verfasst, noch vor Indrudruckung gelesen, noch zum Druck befördert, da ich an dem Tage, an dem der Artikel in die Redaktion kam, den ganzen Tag dort abwesend war, weil ich an diesem Tage den ganzen Tag einer Schwurgerichtsverhandlung beim hiesigen Kreisgerichte beigewohnt habe, welche bis 6 Uhr abends dauerte.

Nach Vorhalt genehmigt.

Geschlossen und gefertigt. Friz Runge m. p. Siegmund m. p. Hengel m. p.

Protokoll aufgenommen mit Walbert Hampel. Kreisgericht Reichenberg Abt. VIII, am 27. Juni 1922.

Walbert Hampel sagt aus:

Ich habe den inkriminierten Artikel in Nr. 128 des „Vorwärts“ nicht geschrieben und nicht verfasst, ebensowenig zum Druck befördert und stehe mit dem Verfasser desselben in keinem Zusammenhang. Ich gehöre auch nicht der Exekutive des 6. Kreises der R. P. C. an und sind mir deren Mitglieder nicht bekannt, nachdem sie von Fall zu Fall zusammengefasst werden und ihre Mitglieder wechseln. Ich bin lediglich Kreisvertrauensmann der R. P. C. und habe mit der Exekutive gar nichts zu tun, ebensowenig wie ich deren Vorsitzender bin. Die Verantwortung für den Artikel übernehme ich für meine Person nicht, sollte sich aber die Exekutive melden, so bin ich bereit, mich ihr anzuschließen.

Nach Vorhalt genehmigt.

Geschlossen und gefertigt. Walb. Hampel m. p. Siegmund m. p. Hengel m. p.

Protokoll aufgenommen mit Anton Hanke. Kreisgericht Reichenberg, Abt. VIII, am 27. Juni 1922.

Anton Hanke sagt aus:

Ich habe den inkriminierten Artikel in Nr. 128 des „Vorwärts“ nicht geschrieben und auch nicht verfasst, ebensowenig zum Druck befördert und stehe mit dem Verfasser desselben in keinerlei Verbindung. Ich gehöre auch nicht zur Exekutive des 6. Kreises der R. P. C. und sind mir deren Mitglieder nicht bekannt, nachdem sie von Fall zu Fall zusammengefasst werden und ihre Mitglieder wechseln. Ich bin auch nicht Obmannstellvertreter dieser Exekutive, sondern ich bin lediglich Schriftleiter des Noten Gewerkschafters. Die Verantwortung für den Artikel übernehme ich für meine Person nicht, sollte sich aber die Exekutive melden, so bin ich bereit, mich ihr anzuschließen.

Nach Vorhalt genehmigt.

Geschlossen und gefertigt. Anton Hanke m. p. Siegmund m. p. Hengel m. p.

Diese Ausfagen sind gleichlautend in allen Klagefällen. Es haben geglaubt die Genossen Schäfer, Roscher, Bohl, Macoun und der als verantwortlicher Redakteur des „Freigeist“ zeichnende Genosse Johann Ettrich.

Das Friz Runge, als verantwortlicher Schriftleiter des „Vorwärts“, auch in diesem Falle die Verantwortung für den erschienenen

# Vor dem Ende des Mostauer Prozesses.

## Die kommunistische Parteileitung verlangt Todesurteile.

Von der Organisation der russischen Sozialrevolutionäre kommt uns folgender Bericht zu: Am 16. Juli fand in Moskau eine Sitzung des allrussischen Zentralsekretariatsausschusses statt, der Trotsky beizohnte.

In der Sitzung forderte Karachan eine möglichst rasche Beendigung des Prozesses mit den Sozialrevolutionären, der die Verhandlungen im Haag behindert und die Stellung der Sowjetregierung im Ausland kompliziert gestaltet hat, und er beharrte auf der Erhaltung des Berliner Übereinkommens.

Karachan wurde von Rylov, Gjurupa, Tomsky, Kolinin u. a. unterstützt.

Trotsky forderte eine vollkommene Ignorierung der Berliner Vereinbarung und erklärte, die europäischen Sozialisten hätten absolut keinen Einfluss und auch die Kapitalisten könnten auf das Schicksal der russischen Häftlinge keinen Einfluss nehmen. Er beharrte darauf, daß Goe, Timofeb und Donskoj zum Tode verurteilt werden, worüber das Tribunal beschließen sollte.

Aufruf nicht übernimmt, ist nicht der Höhepunkt dieser drei Ausfagen. Die kommunistische Journalistik hat sich längst darauf eingerichtet, auch in solchen Fällen, wo ein ausländisches Blatt die Verantwortung übernimmt, sich hinter die „Verantwortung der pflichtgemäßen Oborgne“ zu verziehen. Anders zu bewerten sind die Ausfagen der beiden Selben Hampel und Hanke. Sie leugnen nicht nur aus Furcht vor Strafe, Funktionäre der kommunistischen Partei zu sein, sie geben die kommunistische Partei als Organisation nicht nur der allgemeinen Väterlichkeit preis, sondern sie rücken auch schon „mit vollem Bewußtsein der Schwere der Aufgabe“ bei der ersten gerichtlichen Einvernahme von dem Inhalte des Aufrufes der kommunistischen Kreisexekutive ab. Der Schlussatz im Protokoll der Einvernahme, daß sie die Verantwortung nicht übernehmen, aber sich der Exekutive anschließen, wenn diese sich melden sollte“ ist der Hauptpunkt der jämmerlichen Komödie der beiden kommunistischen Führer. Aus Angst, in ihrer Aussage doch einen Anhaltspunkt zu geben, daß sie gefaßt werden könnten oder aus Unfähigkeit, haben die beiden Selben sich nicht einmal bemüht, sich durch eine etwas andere Wortstellung, als sie ihnen von ihrer juristischen Beratung eingetrichtert wurde, von einander zu unterscheiden. Die Aktion, die mit dem bekannten kommunistischen Theaterdonner begonnen wurde, schließt mit einem Wilde erbärmlicher Freigebit.

Der Teil der Arbeiterschaft Nordböhmens, der in der Kreisorganisation der kommunistischen Partei Reichenbergs steht, hat also eine

### „unbekannte Exekutive“

die nicht einmal der Kreisvertrauensmann und sein Stellvertreter kannte, obzwar diese nach dem Organisationsstatut der kommunistischen Partei der Exekutive angehören müssen, kennt. Im Interesse jener Arbeiterschaft Nordböhmens, die der kommunistischen Partei angehört, wäre es gut, wenn fortan auch Hampel und Hanke zu den „unbekannten“ gehören würden. Man kann die in der kommunistischen Partei organisierte Arbeiterschaft ob solcher „Führer“ nur bedauern.

Hoffentlich gelingt es also, die unbekannte Exekutive noch zu entdecken, damit sich Hampel und Hanke „anschließen“ können. Sollte das nicht möglich sein, so wird in einigen Wochen im Gerichtssaale ein noch anschaulicheres Bild kommunistischer Parteimoral aufgetrollt werden.

Die Sitzung sagte, da dies die Stimmenverteilung pro und contra nicht zuletz, keinen Beschluß.

Am 17. Juli um 12 Uhr mittags fand wieder eine Sitzung des russischen Exekutivsausschusses der kommunistischen Parteien statt, an der Rylov, Gjurupa, Trotsky, Kolinin und fast das ganze Präsidium mit Sovnatom teilnahmen. Die Sitzung wurde von Tomsky eröffnet, der über die Lage berichtete, in welcher die Sowjetregierung im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die S.-R. geriet.

Nach Tomsky trat Trotsky mit Drohungen auf, Bucharin, Stalin, Smitovic u. a. verlangten, daß der Prozeß sofort beendet und das Urteil des Tribunals sanktioniert werde. Damit waren nicht einverstanden Rylov, Semakof, Kureth, Jakovenko u. a.

Beschlossen wurde: die künftige Entscheidung des Tribunals in Erwägung zu ziehen und der Regierung vorzuschlagen, daß sie das Urteil sofort vollziehe, in Anbetracht dessen, daß im Volke und in der Armee eine Erregung ausbrechen könnte.

## Inland.

Die „grünen Jungen“. Der kommunistische „Vorwärts“ bemüht sich krampfhaft, seiner Sendung gerecht zu werden, die in nichts anderem besteht, als darin, die Sozialdemokraten anzutempeln. Und wenn man keinen Anlaß dazu hat, dann muß er eben erfunden werden. So geschah es auch in einem seiner gestrigen Artikel, in dem er die Rathenaumörder von dem Schimpfwort „grüne Jungen“ zu befreien versucht. Dabei sei sofort festgestellt, daß der „Vorwärts“ kein bestimmtes Blatt, sondern ganz im allgemeinen die bürgerliche liberale Presse als Schöpferin dieses Ausdrucks nennt. Es wird aber ganz deutlich, daß der „Vorwärts“ selbst dieses Schimpfwort konstruiert hat, um das, was nun folgt, sagen zu können. Er fährt nämlich fort:

„Aber man kann den weißen Terror nicht dadurch bekämpfen, daß man die Terroristen für „grüne Jungen“ erklärt, die die Verachtung aller „Kulturmenschen“ verdienen. Man kann diese „grünen Jungen“ nur besiegen, indem man sich ihnen gegenüber wie ernste, großmündige Klassenkämpfer benimmt. Die Rathenaumörder, so grün sie auch wirklich sind, so sehr sie auch wirklich die Verachtung aller zivilisierten Menschen verdienen, sind für die deutsche Junter- und Kapitalistenklasse gestorben.“

Das heißt so viel wie: Diese grünen Jungen“ sind sehr wichtig zu nehmen und weil sie so bedeutend sind, können nur wir — das sind die einzigen ernsten, großmündigen (das heißt wohl großmündigen) Klassenkämpfer — sie besiegen. Ja, sie sind wert von „uns“ besiegt zu werden. Sie sind für — etwas gestorben. Sie waren Märtyrer einer Idee, nämlich der des preußischen Junkertums. Mit diesen Märtyrern können Ihr, Sozialdemokraten — (Der „Vorwärts“ atmet erleichtert auf. Denn er ist, Kreibich sei Dank, dort gelandet, wohin er wollte, weil er mußte.) — nicht verglichen werden“. Daß dieser Gedankengang richtig ist, beweist nämlich folgender, unmittelbar an das Obige geknüpfter Satz:

Wo ist der sozialdemokratische Führer, der sein Leben, ach, was reden wir, seine Stellung für die Arbeiterklasse, die er doch zu vertreten vorgibt, aufs Spiel gesetzt hätte? Was hat das deutsche Proletariat davon, wenn Roste und Hilferding keine

grünen Jungen, sondern hochwolligste Herren sind, wenn sie es auf Scheitern und Telt bereiten, wenn sie jede Aktion hintertreiben und sabotieren aus Furcht davor, daß ihre gut bezahlten Stellen gefährdet werden könnten?

Allerdings in der Weise, wie die kommunistischen Führer ihr Leben oder ihre Stellung für die Arbeiterklasse aufs Spiel gesetzt haben, indem sie vor Parlamenten ins Volk hinein schießen ließen, um sich nachher zu zeigen, oder indem sie die aufgekochte Arbeiterklasse, wenn dann der weiße Terror ausbrach, wie es in Ungarn geschah, schmäählich im Stich ließen, so hätten sozialdemokratische Führer gewiß nicht gehandelt. Und von „gut bezahlten Stellen“ zu reden, dazu haben wohl diejenigen den geringsten Anlaß, denen Moskau Juwelen und Gold geschickt hat. Wenn der „Vorwärts“-Artikel mit den Worten schließt: Das Proletariat „weiß, daß man den Erhardt das Handwerk nur legen kann, indem man sie nicht beschimpft, sondern bekämpft und mit der Waffe in der Hand in die Arnie zwingt!“ dann müßten doch diejenigen, die sich als die wahren Vertreter dieses Proletariates zu bezeichnen wagen, die kommunistischen „Führer“ mit diesem Heldentume vorangehen. Aber wir getrauen uns, dieses Heldentum stark zu bezweifeln, wenn wir wieder an die Flucht einiger dieser heldenhaften Führer nach dem Ausbruch des weißen Terrors in Budapest denken und uns vor Augen halten, mit welchem Zittern und Beben diese Menschen zuflucht — hinter dem schützenden Rücken der deutschen Sozialdemokraten gesucht haben. Es ist nicht gut, wenn man seine Häuser auf so gebrechlichen Grundlagen aufgebaut. Sie stürzen, wie der ganze kommunistische Blunder überhaupt, vom leichtesten Windstoß angeweht, in nichts zusammen.

Der gut informierte Bedhny. Das Preßdepartement des Ministeriums für Nationalverteidigung teilt mit: Abgeordneter R. Bedhny hat in seinem im „Pravo Lidu“ veröffentlichten Artikel über Vorbereitungen zur militärischen Spionage angeführt, daß sich bei einem Offizier des tschechoslowakischen Generalstabes ein Mitglied der kommunistischen Partei einfand und ihn zur Verlegung des Amtsgeheimnisses gegen eine geldliche Belohnung verleiten wollte. Das Ministerium für Nationalverteidigung konstatiert, daß ein solcher Fall sich tatsächlich ereignet hat. Der genannte Offizier hat jedoch pflichtgemäß den Fall gemeldet, der Gegenstand eines Strafverfahrens wurde, welches mit der Verurteilung des Spions geendet hat. — Bemerkenswert an dieser Sache ist, daß das Ministerium für Nationalverteidigung sich so außerordentlich rasch beeilte, die Behauptungen des Abgeordneten Bedhny durch die Feststellung zu bekräftigen.

## Ausland.

### Vor einem neuen Massenprozeß in Moskau?

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind dort am 3. Juli 85 Sozialdemokraten verhaftet worden, darunter die Genossen Weinstein, Behr und Rubin, die von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei als offizielle Vertreter zum Prozeß der Sozialrevolutionäre delegiert, aber vom Gericht abgelehnt wurden. In Verbindung mit diesen Verhaftungen trägt sich die Sowjetregierung mit der Absicht, nach dem Muster des jetzt seinem Abschluß entgegengehenden Prozesses gegen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu injizieren. Gegenüber diesen Absichten der Sowjetterroristen ist höchste Aufmerksamkeit der westeuropäischen Arbeiterparteien geboten. Es geht um das Leben zahlreicher Genossen, die seit Jahren in den ersten Reihen der russischen Arbeiterbewegung kämpfen.

## Das Telephongespräch als Dokument.

Das Telephon beherrscht die Welt, es hat alle Grenzsphäre, die Menschen und Nationen trennen, niedergedrissen. Man kann sich heute einfach eine Welt ohne Telephon, diesem wichtigsten Verkehrsmittel, nicht mehr vorstellen. Bei der Entwicklung des Telephons blieb ihm jedoch ein Nachteil anhaften, und das ist die Vergänglichkeit des gesprochenen Wortes. Bei den wichtigen Gesprächen geht bis zum Eintreffen der schriftlichen Bestätigung kostbare Zeit verloren. Bisher fehlte beim Telephon jede Möglichkeit, das Zwiegespräch in der Originalstimme der sprechenden Teilnehmer festzulegen.

Dieser wesentliche Nachteil des Telephons wird durch einen neuen Apparat, das Telegraphon, einer Verbindung des Fernsprechers mit der Sprechmaschine, behoben. Diese Erfindung ermöglicht es nunmehr, telephonische Gespräche festzuhalten und sie beliebig oft und schnell wiederzugeben. Das Telegraphon kann an jeden Telephonapparat angeschlossen werden. Sobald der Teilnehmer auf seinem Fernsprecher ein Gespräch führt, das er für wichtig hält, schaltet er durch einen Druckknopf das Telegraphon ein. Wort für Wort, Rede und Gegende werden in eine Wachswalze eingetragen. Eine Beeinträchtigung der telephonischen Verständigung findet nicht statt. Die Wachswalzen reichen für ein Gespräch mit einer etwa halbstündigen Dauer. Zu

jeder Zeit kann man sich die Gespräche von dem Apparat wiederholen lassen. Zweifel über gemachte Bestellungen, über Abschlußpreise usw. sind dadurch unmöglich gemacht. Das Telephongespräch ergibt durch das Telegraphon den Charakter eines Briefes und Dokumentes. Unendliche Vorteile im geschäftlichen Leben wie im Privatleben gewährt diese neue, durch nicht weniger als achtzehn Patente geschützte Erfindung. In kurzer Zeit wird das Telegraphon sich zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel des Verkehrswezens ausgestaltet haben.

Durch jahrelange Arbeit im Laboratorium wurde das Telegraphon schon jetzt zu einer Vollkommenheit entwickelt, die es befähigt, schwierigste Aufgaben auf mechanischem Wege zu lösen. Als Beispiel diene die Möglichkeit, auch jederzeit einzelne Sätze und Sätze vom Telegraphon wiederholen zu lassen. Telephongespräche aus weiter Entfernung können derart verstärkt werden, daß die Wiedergabe scharf und deutlich ist. Dem vielbeschäftigten Geschäftsmann und Beamten dient das Telegraphon dazu, nach Gesprächsabschluss Diktate zu erledigen. Die Briefe werden einfach ins Telephon diktiert und am nächsten Morgen wird das Diktat von der Schreibmaschinistin mittels Kopfhörer aufgenommen und in die Maschine geschrieben. Ein Funktionär schaltet das Gespräch aus, loslassen des Funktionärs läßt den Apparat weiterdiktieren. Eine sinnreiche Einrichtung bewirkt, daß der Apparat nicht weiterdiktiert an dem Punkt, an dem er abgestellt wurde, sondern der Apparat diktiert als Uebergang einige der bereits gesprochenen Worte als Wiederholung.

Das Telegraphon besteht aus einem Holzlasten, der das Gestell mit dem Träger für die Wachswalze und dem verschiebbaren Schlitten trägt, an dem sich der Schreib- und Abhörmechanismus befinden. Das Obersteil des Apparates ist durch eine verschließbare Haube gegen Staub und unbefugtes Verunigen geschützt. Zur Bedienung des Apparates befinden sich an der Stirnwand vier Tasten. Mittels einer zweidrigen Leitungsschnur wird das Telegraphon an den vorhandenen Fernsprecher angeschlossen. Die von dem Hörer des Fernsprechers aus in das Telephon gelangenden Sprechströme werden durch eine besondere Einrichtung verstärkt und in den Schreibapparat geleitet. Dieser verwandelt die verstärkten elektrischen Schwingungen in mechanische und überträgt sie durch einen bei allen Phonographen üblichen Mechanismus auf die Wachswalze. Diese Energieumsetzung war die am schwierigsten zu lösende Aufgabe des Telegraphonproblems. Eine zweite Leitungsschnur verbindet den in dem Holzlasten befindlichen kleinen Antriebsmotor, dessen Stromverbrauch nicht größer ist, als der einer gewöhnlichen Glühbirne, mit der elektrischen Lichtleitung. Wie bereits oben erwähnt, reicht jede Walze für ein Gespräch von etwa einer halben Stunde Dauer aus. Hat das Gespräch einer benutzten Walze seine Wichtigkeit verloren, dann wird sie durch einen besonderen Apparat abgeschliffen und ist wieder gebrauchsfähig. Jede Walze kann etwa fünfzig bis sechzigmal abgeschliffen werden.

Es ist selbstverständlich, daß sich jetzt bereits weiteste Kreise, ganz besonders Banken und Zei-

tungsredaktionen, für das Telegraphon interessieren. Können doch große Bestellungen und wichtige Redaktionen festgehalten werden. Bei den Zeitungsredaktionen macht sich bei dem Vorhandensein eines Telegraphons der Nachsteno-graph entbehrllich. Die Post sowohl als auch private Unternehmer können besser Gespräche überwachen und — die Kriminalpolizei kann ihre Vernehmungen durch ein unsichtbares Aufnahmewerkzeug festlegen lassen. Die Anwendungsmöglichkeiten des Telegraphons sind aber damit noch keineswegs erschöpft.

Deutscher Erfindergeist schaffte eine neue Epoche im Fernsprechwesen von internationalem Interesse und Wert. Und dieses Deutschland der Erfindungen ist uns ungleich lieber als das schwarz-weiß-rote „Deutschland, Deutschland über alles“, mit seinen besessenen Kriegsstudenten, Geheimorganisationen, Kriegsbekern, Duckerern und politischen Meuchelmördern.

## Die Mammutstadt der Zukunft.

37 Millionen Einwohner wird New York in 100 Jahren haben, wenn sich die Stadt in demselben Tempo wie bisher weiterentwickelt. Diese Riesensiedlung von heute entstand auf dem engen, schmalen Landstrich der Manhattan-Insel, ohne jeden Gedanken an spätere Möglichkeiten der Ausdehnung. Als der erste Stadtplan im Jahre 1810 entworfen wurde, betrug die Bevölkerung 90.000 Seelen. Heute hat sich das Gebiet der

# Telegramme.

## Ein Aufruf der U. S. P. D.

Berlin, 20. Juli (Eigenbericht). Das Zentralkomitee der U.S.P.D. veröffentlicht einen Aufruf an die Partei, der sich mit den politischen Ereignissen der jüngsten Zeit befaßt. Nach einer Schilderung der Anstrengungen der Arbeiterklasse, den Schutz der Republik durchzuführen, wird dargestellt, wie sich die bürgerlichen Koalitionsparteien gegen die Verstärkung des sozialistischen Einflusses gestraubt haben. Die beiden sozialistischen Parteien hätten darauf die allein mögliche Antwort gegeben und dem Bürgertum die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Fraktionen entgegengestellt. Das einige Auftreten der Arbeiterschaft haben den Reichstag zur Verabschiedung von Schutzgesetzen veranlaßt, die gegenüber dem bisherigen Zustand einen erheblichen Fortschritt bringen, wenn auch nicht alles erreicht worden sei, was gefordert wurde. Der Aufruf fährt fort: „Jetzt steht unsere Partei vor wichtigen Entscheidungen. Sie muß darüber urteilen, ob die Praxis, die aus den Ereignissen selbst sich ergeben hat, richtig war. Sie muß entscheiden, ob die politische Situation und das Interesse der Arbeiterklasse es erfordere, das Begonnene zu vollenden, den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien noch enger zu gestalten. In voller Freiheit und Unabhängigkeit soll die Partei die bedeutungsvolle Entscheidung treffen. Unsere Organisationen sollen Stellung nehmen. Der Parteitag wird in kurzer Zeit zusammentreten und seinen Beschluß fassen. Je stärker und gelassener die Partei an diese Entscheidung geht, desto nachdrücklicher und wirkungsvoller wird der Eindruck ihrer Beschlüsse sein. Deshalb gilt es, die Ereignisse der letzten Wochen für die Stärkung der Organisation in unermüdlicher Verbearbeitung auszunützen.“ Der Aufruf sagt schließlich, daß niemand etwas tun dürfe, was die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Organisationen beeinträchtigen könnte. Es gelte es, das Erreichte zu festigen, und an die Arbeit zu gehen, um den Parteitag vorzubereiten.

## Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 20. Juli (Wolff). Vertreter der drei Reichstagsfraktionen, der deutschdemokratischen Partei, der deutschen Volkspartei und des Zentrums traten heute zusammen, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Verhandlungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte geschaffen werden sollte, daß sie jedoch weder die Selbstständigkeit der einzelnen Fraktionen noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen sollte. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft soll dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und innen festher und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

## Ein Memorandum der Garantiekommision.

Berlin, 20. Juli. (Wolff.) Für die Beratungen des Garantiekomitees mit der deutschen Regierung waren vier Unterausschüsse gebildet worden, u. zw.: 1. Für die Einnahmen, 2. für die Ausgaben, 3. für die Kapitalflucht und 4. für die Statistik. Man hat sich darüber verständigt, daß die Vertreter des Garantiekomitees künftig durch das Reichsfinanzministerium regelmäßig Informationen über die Einnahmen und Ausgaben erhalten und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich über die einschlägigen Bestimmungen und ihre Anwendung fortlaufend zu unterrichten. Das Reichsfinanzministerium richtet einen zentralen und beweglichen Kontrolldienst

Metropole über zwei Flüsse hin ausgedehnt und umfaßt eine Bevölkerung von 9 Millionen. Dieses gigantische Anwachsen New Yorks birgt natürlich für die Zukunft große Probleme, und weise Vorseher sucht schon jetzt für die Mammutstadt der Zukunft die beste Planung, den geeigneten Rahmen zu schaffen.

Eine gemeinnützige Stiftung, die „Russell Sage Foundation“, hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem Chaos einer zu erwartenden 37-Millionenstadt nach Möglichkeit schon jetzt vorzubeugen und die Grundlagen zu schaffen für ein Wachstum dieses Ungetüms, das sich unter günstigen Bedingungen und in geordneten Formen vollzieht. Hervorragende Ingenieure und Autoritäten der Verwaltung, unter denen der bekannte Dr. Hoover an erster Stelle steht, beschäftigen sich mit dieser gewaltigen Aufgabe, von der in amerikanischen Blättern viel die Rede ist. Zunächst werden einmal schwierige staatsrechtliche Verhältnisse zu regeln sein. Schon heute hat sich die Stadt weit über die Grenzen der eigentlichen New Yorker Stadtverwaltung ausgedehnt, und diese liegen im Staate New York. Bei weiterer Ausbreitung aber wird New York keine Arme auch bald nach den Staaten New Jersey und Connecticut ausstrecken, und es werden da komplizierte Fragen zu regeln sein, die sich auf die Rechte der einzelnen Staaten beziehen. Die Fachleute erklären, daß die Ausdehnung der Stadt New York in 100 Jahren einen Kreis umschließen wird, dessen Radien nach allen Seiten hin mindestens 80 Kilometer weit von der 14. Straße am Junionsquatre ausstrahlen. Dieser Kreis

# Der Bandenüberfall im Burgenlande.

## Sejas, Bronay und Osztienburg beteiligt?

Wien, 20. Juli (Eigenbericht). Zu dem Bandenüberfall in Hagendorf wird amtlich berichtet: Die Bezirksverwaltung von Güssing hatte vorgestern nachmittags die Meldung erhalten, daß bei Hagendorf bewaffnete Banditen gesichtet wurden. Der Bezirksverwalter begab sich über die Grenze zum ungarischen Grenzkommandanten und bat ihn, die Freischärler zu entwaffnen. Dieser lehnte das mit Hinweis auf die Schwäche seines Detachements ab. Er stimmte anfänglich der Aufforderung des Bezirksverwalters, ihn zu den Freischärlern zu begleiten, zu, kehrte aber unterwegs wieder um. Der Bezirksverwalter kehrte darauf nach Güssing zurück. Gegen elf Uhr abends überschritten fünfzig Freischärler mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten die Grenze und griffen Hagendorf an. Der Kampf zwischen den Banditen und den österreichischen Truppen dauerte bis gegen zwei Uhr morgens. Ein Bandit wurde gefangen. Die Bewohner von Hagendorf nahmen an dem Abwehrkampf teil.

Die „Neue Freie Presse“ erfährt aus Budapest, daß es sich um eine Aktion ganz unverantwortlicher Elemente handle. Die ungarische Regierung habe sofort, als sie von den Vorgängen Kenntnis erhielt, Verfügungen getroffen, daß Truppen der regulären ungarischen Armee die Bande entwaffnen. Heute erhielt die Regierung die Meldung über den Erfolg der Entwaffnungskampagne. Die Mitglieder der Bande sind junge Leute, die nach ihrer Entwaffnung der Budapest Polizei eingeliefert wurden. Ueber die Finanzierung der Aktion ist nichts bekannt. Es steht aber fest, daß sich die Mitglieder der Bande bei den Gutsherren der Umgebung unrechtmäßigerweise einquartieren und Lebensmittel requiriert haben.

In Verbindung mit dem Ueberfall war in Budapest die Nachricht verbreitet, daß Oberleutnant Bronay, der auch an dem ersten Aufstandsbetrieb teilgenommen hatte, abermals

ein und wird dem Garantiekomitee die Möglichkeit geben, sich von Zeit zu Zeit von der Wirksamkeit des deutschen Kontrolldienstes zu überzeugen. Im Unterausschuß für Kapitalflucht wurden die Grundzüge für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht besprochen. Das Garantiekomitee hat das Ergebnis dieser Arbeiten in einem Memorandum zusammengefaßt, welches der deutschen Regierung übermittleit wurde. Da Uebereinstimmung darüber festgestellt worden war, daß keine der im Memorandum vorgesehenen Maßnahmen die Souveränität des Deutschen Reiches antasten, den geordneten Gang der deutschen Verwaltung stören oder das Geheimnis der deutschen Steuerpflichtigen verletzen dürfe, hat die deutsche Regierung vorbehaltlich einer schriftlichen Beantwortung mitteilen lassen, daß sie dem Inhalte dieses Memorandums beitrifft.

## Die Schiffsabtretung Deutschlands auf der Ober.

Berlin, 20. Juli. (Wolff.) Auf Grund des Art. 339 des Versailler Vertrages, der bestimmt, daß Deutschland an die alliierten und assoziierten Mächte, die an den internationalisierten Strömen beteiligt sind, einen Teil der Binnenschiffe abtreten soll, ist nunmehr auch ein Schiedsspruch durch den amerikanischen Schiedsrichter bezüglich der Schiffsabtretung auf der Ober gefällt worden. Es sind demnach abzutreten: An die Tschechoslowakei 35.700 Tonnen Raahraum und 5685 PS. Schlepkräfte, dann ein

wird ein Gebiet umschließen, das New York zur größten Stadt der Weltgeschichte macht.

Die Enge, in die die Stadt durch ihre ursprüngliche Infelenge eingepreßt wurde, zwang zum Wachstum in die Luft mit Hilfe der Wolkenkratzer und zum Wachstum unter die Erde mit den zahllosen Untertiefen, die eine unterirdische Stadt entstehen ließen. Das heutige Verkehrsleben von New York umschließt einen kaum vorstellbaren Wirrwarr. Zwei bis acht Personen werden täglich von Kraftwagen getötet, und die Zustände sind unhaltbar. Etwa zwei Kilometer Straßen, die an der Ostseite zusammengedrängt sind, pferchen zwei Millionen elender Bevölkerung zusammen, während nur zehn Kilometer entfernt über dem Hudson 50 Kilometer Wildnis sich ausdehnen, die in New Jersey liegen und die schönste Gartenstadt für die New Yorker abgeben würden. Nach der anderen Seite bietet sich ebenso unbedeutendes Land in Connecticut dar. Der Plan der zukünftigen Mammutstadt umschließt nun all diese Riesengebiete zu einer Gartenstadt, durch die der Hudson und der East River fließen, die durch unzählige Brücken die Stadt miteinander verbinden und aus ihr ein gigantisches Benedig machen sollen. Neue Wege sollen nach den Vorstädten gebaut werden, um den Verkehr von der Manhattan-Insel abzuleiten, neue Geschäftszentren sollen in diesen Vorstädten entstehen, große Parks und Villenkolonien will man schaffen und so schon jetzt Vorbildlich für das künftige New York sorgen.

daran beteiligt sei. Auch die Namen Sejas und Osztienburg werden mit der Affäre in Verbindung gebracht.

## Freischärler in Dedenburg, Körmend und Steinamanger.

Wien, 20. Juli. Zu der neuerlichen Bandenbewegung in Westungarn meldet das „Neue Abendblatt“, daß in Dedenburg 300 wohl ausgerüstete Freischärler auswaggoniert wurden. Gleichzeitig sind dort Bronay und Sejas eingetroffen. In Körmend wurden vier Waggons vollkommen ausgerüsteter Insurgenten auswaggoniert. In Steinamanger wurde gestern eine Requisition vorgenommen, bei der sämtliche Automobile für Heereszwecke beschlagnahmt wurden. — Zur gleichen Angelegenheit melden die „Politischen Nachrichten“ aus Budapest: Albert Apponyi, Ugron und Heinrich suchten den Ministerpräsidenten auf und erklärten, daß sie das neue Abenteuer in der Nationalversammlung zur Sprache bringen würden, wenn die Regierung nicht sofort einschreite. Graf Bethlen erklärte, daß er den Schritt Sejas mißbillige.

## Einleitung des Verfahrens gegen Sejas.

Budapest, 20. Juli. Die „Nemzeti Ujsag“ erzählt, hat der Justizminister die Budapestser königliche Staatsanwaltschaft angewiesen, gegen den Oberleutnant der Reserve Ivan Sejas wegen seiner in den Blättern veröffentlichten Erklärung unerbittlich das Verfahren einzuleiten.

## Eine Stimme Mehrheit.

Wien 20. Juli. Durch die Wahlen im Burgenlande hat sich eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Bundesrate ergeben. Die Bürgerlichen verfügen jetzt nur über eine Stimme Mehrheit.

Liegeplatz in Opatowitz; an Polen 40.700 Tonnen Raahraum und 4890 PS. Schlepkräfte sowie ein Liegeplatz in Küstrin.

## Die Krankenversicherungsnovelle im österreichischen Nationalrat angenommen.

Wien, 18. Juli. (Eigenbericht.) Am Nationalrat wurde heute bei der Beratung der Krankenversicherungsnovelle die Vereinbarung der Regierung mit den Sozialdemokraten vom christlichsozialen Berichterstatter als Abänderungsantrag eingebracht. Darnach werden zu den bestehenden neuen Lohnklassen noch einige weitere Lohnklassen mit höherem Krankengeld und daher auch mit höherer Arbeitslosenunterstützung angegliedert. Eine 14. Lohnklasse mit einem Durchschnittslohn von 4200 K wird in Schwabe gelassen und es wird der Regierung, falls die Teuerung fortschreitet, die Ermächtigung erteilt, während der Parlamentsferien diese Lohnklasse anzufügen.

## Zum Beamtenabbau in Oesterreich.

Wien, 18. August. (Eigenbericht.) In der Frage des Beamtenabbaues haben die Regierungsparteien der Sozialdemokratischen Forderung, daß bei zwangsweisem Beamtenabbau die Organisation gehört werden müssen, insofern zugestimmt, als in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach ein zwangsweiser Abbau nur im Einvernehmen mit den Personalvertretungen der Beamten vorgenommen werden darf.

## Wendung in Irland?

London, 24. Juli. Im irischen Bürgerkrieg ist anscheinend eine Wendung eingetreten. Vertreter der Irregulars sind in Cork, dem Hauptquartier der Regierungstruppen eingetroffen, um über Friedensbedingungen zu verhandeln. Es steht allerdings noch nicht fest, ob alle Führer diesen Schritt billigen.

## Die Aufständischen wollen unterhandeln.

London, 20. Juli. (Frankfurt Laurenzberg.) Schon gestern abend wurde gemeldet, daß die irischen Rebellen in der Grafschaft von Cork dem Oberkommando der Regierungstruppen in Süd-Irland Friedensverhandlungen angeboten haben. Heute bestätigt die Dubliner Regierung diese Meldung. Die amtliche Mitteilung besagt: „Die Sicherheit und die Zukunft des Volkes hängt davon ab, ob die Nach der Aufständischen gedrohen werden wird. Ein Friede der auf einem Kompromiß mit Leuten beruhen würde, die als Rebellen gehandelt haben, würde ein für das irische Volk allzu teuer erkauft sein.“

\*

Dublin, 19. Juli. (Reuter.) Bei dem Begegnung eines Freikampfsoldaten, der aus dem Hinterhalt erschossen wurde, wurde der Leichenzug bei Cork (Grafschaft Galway) von Irregulars, die sich beiderseits der Straße befanden, beschossen, wobei der Bataillonskommandant des getöteten Soldaten, der hinter dem Leichenzug ging, getötet wurde. Der Wagen stürzte in

den Straßengraben. Der Vorfall verursachte große Erregung. Nationale Truppen haben die Verfolgung der Angreifer aufgenommen. Die telegraphische Verbindung mit Cork und dem ganzen Süden Irlands ist unterbrochen.

## Frankreich fordert ein Fünftel der deutschen Aktien.

Zürich, 20. Juli. Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus Paris: Der französische Ministerrat hat in der Sitzung am Dienstag sich für die Auslieferung von einem Fünftel des deutschen Aktienbesitzes als Pfand für eine eventuelle Zahlungsbundung entschieden.

## Gegen Moskau.

London, 20. Juli. Auf dem Kongresse der Bergarbeiter in Bradford wurde ein Antrag des Vertreters von Südwales betreffend den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale mit 883.000 gegen 118.000 Stimmen abgelehnt.

## Die Haager Konferenz geschlossen.

Haag, 20. Juli. Die Haager Konferenz wurde heute nachmittag gegen 5 Uhr geschlossen. In der Schlußsitzung wurden die Berichte der Unterkommissionen und die allgemeinen Berichte genehmigt. Ferner wurde auf Vorschlag von Cassier (Belgien) einstimmig eine Entschließung angenommen, in welcher die Konferenz den auf derselben vertretenen Regierungen empfiehlt, ihren Staatsangehörigen bei dem Versuche nicht beihilflich zu sein, Eigentum in Rußland zu erwerben, das anderen fremden Staatsangehörigen gehört hat und nach dem November 1917 ohne Zustimmung der früheren Eigner oder Konzessionäre beschlagnahmt worden ist.

Haag, 19. Juli. (Sabas.) Die nicht-russische Kommission genehmigte einstimmig eine Resolution Avezzano's, in welcher im ganzen die Befriedigung über den in der Vormittagsitzung gemachten russischen Vorschlag ausgesprochen und erklärt wird, daß die Erklärung der Russen, wenn sie auch im Wesen keine Grundlage für ein gegenseitiges Abkommen bildet, für den Fall ihrer lokalen Erfüllung zur Wiederaufnahme der Konferenzarbeiten, welche für die Mitarbeit Europas am Wiederaufbau Rußlands erforderlich sind, beitragen könne. Die Erklärung Litwinow's könnte weitere Verhandlungen ermöglichen, falls die einzelnen Regierungen sie für opportun erachten würden. Am 20. Juli findet die letzte Konferenzsitzung statt, in welcher der Generalbericht abgefaßt werden wird. Die französische Delegation wird am demselben Tage aus dem Haag abreisen.

Haag, 20. Juli. In der heutigen Sitzung der nicht-russischen Kommission mit der russischen Abordnung erklärte Litwinow, diese sei noch nicht imstande, neue Vorschläge zu machen. Bevor weiter verhandelt wird, soll die russische Regierung gefragt werden, ob sie geneigt ist, 1. die Schulden anzuerkennen, die die russische Regierung oder ihre Vorgänger an Angehörige ausländischer Staaten zu bezahlen hat; 2. ob sie bereit ist, diese Frage den ausländischen Besitzern des nationalisierten Eigentums gegenüber schon jetzt staatsrechtlich zu erledigen. — Nach einer kurzen Aussprache, in der Litwinow versicherte, daß er ungefähr 4 bis 7 Tage brauche, um mit seiner Regierung zu beraten, wurde die Sitzung aufgehoben. Für den Nachmittag wurde eine Beratung der nicht-russischen Kommission über den Vorschlag Litwinow angefaßt.

## Die Regierungskrise in Italien.

### Ein Kabinett der „Mitte“ in Sicht.

Rom, 20. Juli. (Sabas.) Dem „Giornale d'Italia“ zufolge scheint Orlando die größten Aussichten zu haben, der Nachfolger Factas zu werden. Er würde sicherlich von den Volksparteilern und den Demokraten unterstützt werden. Vielleicht könnte er auch auf die Mitarbeit der liberalen Rechten und der Nationalisten rechnen.

Rom, 20. Juli. (Sabas.) Die Minderheit, welche bei der gestrigen Abstimmung die Regierung unterstützt hat, setzt sich aus Anhängern Giolittis, Deputierten der Rechten (mit Ausnahme der Faslisten) und einigen anderen Deputierten zusammen. Die Leitung der Volkspartei hat eine Resolution angenommen, welche sich gegen die Teilnahme der äußersten Linken und der Rechten an der zukünftigen Regierung ausdrückt.

## Der italienische Kredit für Oesterreich

Rom, 17. Juli. Der Senat hat heute die Vorlage betreffend den Kredit für Oesterreich mit 92 gegen 64 Stimmen angenommen.

## Kommunistenheke in Athen.

Athen, 20. Juli. (Sabas.) Die Redaktion des kommunistischen Blattes „Rizospastis“ wurden verhaftet. Sie werden des Hochverrates beschuldigt.

## Autonomie für Jonien?

London, 20. Juli. (Sabas.) Wie die „Times“ aus Konstantinopel melden, plant die griechische Regierung die Proklamierung der Autonomie in Jonien.

### Tages-Neuigkeiten.

**Das Ende der Rattenmörder.** Die beiden Mörder, die auf Sealed eingeschlossen waren, hatte auf die Aufforderung der Polizeibeamten, die Tür zu öffnen, mit dem Karabiner gedroht. Die Polizeibeamten machten dabei von ihren Waffen Gebrauch und beschossen aus mehreren Karabinern das Burgfenster, an dem sich Kern und Fischer zeigten. Darauf zogen sich beide zurück und ließen sich nicht mehr sehen. Nach einer Viertelstunde kam Fischer allein wieder zum Vorschein und brachte ein Hoch auf Ehrhardt aus. Jetzt erbrachen die Beamten das Burgtor und eilten den Turm hinauf. Sie fanden zunächst in dem Schlafzimmer Dr. Steins im Bett Kern in einer großen Blutlache tot auf. Blöhllich hörten sie im Nebenzimmer einen Schuß fallen, und als sie in das Nebenzimmer eilten, sahen sie Fischer gleichfalls tot am Boden liegen. Die Untersuchung der Leichen hat ergeben, daß Kern einen Karabinerschuß in den Kopf erhalten hat. Es ist also anzunehmen, daß Kern von einem der Schüsse, die die Beamten abgegeben hatten, getroffen wurde. Fischer mag seinen Helfer dann auf das Bett gelegt haben. Es wurden große, mit Blut getränkte Wattebausche gefunden. Mit ihnen hat Fischer wahrscheinlich versucht, die blutende Wunde Kerns zu schließen. Als ihm dies nicht gelang und Kern langsam verblutete, hat er wohl die Ausschichtslosigkeit einer Flucht eingesehen.

**Die Folgen eines Stubenstreiches.** Sämtliche Katzen der Ortschaft Dobritschan sind einem Stubenstreich zum Opfer gefallen. Dieser Tage vergnügte sich die dortige Jugend mit dem Steigen einer Katze. Ehe das gequälte Tier berendete, biß es einen seiner Peiniger in die Hand. Da Wutverdacht vorlag, wurde der Gebissene ins Pasteur-Institut und der Kopf des verendeten Tieres zur Untersuchung dem staatlichen Veterinärinstitut übergeben. Gleichzeitig ordnete die Behörde die Vertilgung sämtlicher Katzen in Dobritschan an und am nächsten Tag war die Ortschaft ohne Katze. Eine Woche später traf der Befund vom Veterinärinstitut ein. Er lautete negativ. Es wurden keine Zeichen von Wut bei der bissigen Katze gefunden. Der Tierversuch scheiterte, da die Versuchstiere an Blutvergiftung vorzeitig zugrunde gingen, denn das Hirn der Katze war bereits in Verwesung übergegangen. — Ein neuer Beitrag dafür, daß das „Stahlbad“ des Krieges besonders „verderblich“ auf die Menschen, vornehmlich die Jugend, gewirkt hat.

**Zwei Todesurteile in Preshburg.** Die Räuber Jan Dulansky und Gaspár Peer, welche seinerzeit das Automobil, in welchem der Referent Janáček fuhr, überfallen, seinen Chauffeur erschossen und noch eine Reihe anderer Räuber begangen hatten, wurden vom Preshburger Divisionsgerichte zum Tode durch den Strang verurteilt.

**Raubmord.** Gestern in der Nacht wurde in Groß-Schl bei Friedland a. d. Mohra ein Raubmord an den Geschwistern Schaffer verübt, die zusammen in einem Hauschale wohnten. Ein Mädchen von fünf Jahren, das die Geschwister von ihrem Bruder aus Römertadt bei sich über Nacht hatten, sagte aus, daß in der Nacht zwei große verummte Männer durch das Fenster, das sie gewaltsam öffneten, hereingekommen seien. Auf das Geschrei des Onkels und Tante fing das Kind zu weinen an. Da rief ihm einer der Räuber zu: „Wenn Du nicht ruhig bist, so wirft Du auch noch umgebracht.“ Das Kind verkroch sich dann im Bett, wo es um zehn Uhr vormittags von Leuten, die durchs Fenster hineinsahen, gefunden wurde. Die Mordstelle ist fürchtbar zugerichtet, alles ist mit Blut besudelt. Man vermutet einen Raubmord.

**Errichtung einer protestantischen Fakultät in der Slowakei.** In der Ausschussung des Letzter Distriktes der kalvinistischen Kirche teilte laut Meldung der „Eldove Roviny“ der Distriktsrat mit, daß in Prag die verbindliche Zusage gemacht worden sei, daß in der Slowakei ein magyarisches theologische kalvinistische Fakultät und Lehrerbildungsanstalt errichtet werden wird. Der Distrikt protestierte auch gegen die Ausweisung von Lehrern, welche nicht in die tschechoslowakische Republik zuständig sind, weil die Kaloiser unter dem Mangel kalvinischer Lehrer leiden.

**Große Wildschäden in Karpathenland.** Vische und Wildschweine vermehren sich in den russischen Karpathen so stark wie nie zuvor und verursachen dort sehr bedeutenden Feldschäden. Stellenweise haufen auch Wölfe läbel unter den Herden. Wie die Blätter melden, bleiben die Abwehrmaßregeln der Bevölkerung wegen der großen Zahl des Wildes ergebnislos und so leidet die vielversprechende Ernte voraussichtlich großen Schaden.

**Eine neue Tropfsteingrotte entdeckt.** Bei Ostrau wurde eine neue Tropfsteingrotte von kleinerer Ausdehnung, aber mit sehr schönen Gesteinsbildungen entdeckt. Sie befindet sich an der Straße und wird leicht zugänglich sein.

**Mord im Russenlager bei Deutsch-Gabel.** Dieser Tag hat im Interniertenlager bei Deutsch-Gabel, das derzeit Russen beherbergt, ein Misse namens Martin Howorow seiner Frau mit einem Schusterkneib den Hals durchgeschlitten. Die Frau war sofort tot. Der Mörder, der die Tat aus Eifersucht begangen hat, wurde verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

**Der Tabak- und Hopfenbau in der Tschechoslowakei.** Die soeben erschienene Nummer 30 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ bringt Daten über den Tabak- und Hopfenbau in der Tschechoslowakischen Republik i. S. 1921. Von der ganzen dem Tabakanbau gewidmeten Fläche, 1350,58 Hektar, wurde auf einer Fläche von 1340,62 Hektar geerntet. Das Gesamtergebnis an Tabak betrug 1,188,085 Kilogramm. Die Gesamtergebnisse der Hopfengärten be-

trug i. S. 1921 7872,65 Hektar, die Erntefläche 7609,75 Hektar, das Gesamtergebnis betrug 58,086 Zentner Hopfen.

**Zwei Brüder vom Blitze erschlagen.** Auf dem Schloßhügel bei Hlohovitz in Mähren wurden vor einigen Tagen mittags zwei Söhne des Landwirts Kubis beim Getreidedreschen vom Blitze getötet. Der Vater wurde betäubt, aber nicht ernstlich beschädigt.

**Selbstmorde.** Auf der Bahnstrecke beim Baumgarten in Prag fand man gestern die Leiche einer überfahrenen Frau. Die Tote konnte bis jetzt nicht agnosziert werden. — Gestern früh fand man im Práhlety-Park, Prag II., den Bauer Josef Louthan aus Střizovic-Podol mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe tot auf. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

**Verurteilter Fluchtversuch von 21 Sträflingen.** Im Garnisonsarrest in Pilsen erwarten 21 schon verurteilte Verbrecher die Bestätigung der Urteile. Diese Sträflinge haben in der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. die Decke des Gefängnisses durchbrochen, sind auf den Boden getreten, von wo sie beabsichtigten, sich auf Stricken, die sie aus den Strohdächern gewunden hatten, auf den Hof hinunterzulassen, dort die Wache unschädlich zu machen und zu verschwinden. Der Stabsprovisor Herr Josef Kafil bemerkte sie jedoch, ließ sie festnehmen und fesseln und in die Separationen sperren.

**Ein schwerer Automobilunfall bei Bránn.** Mittwoch vormittags ereignete sich bei Bránn ein schwerer Automobilunfall. Ein Auto wollte einem heranziehenden Wagen, dessen Pferde scheu geworden waren, ausweichen und fuhr in den Erntegraben, wobei es sich überschlug. Von den Insassen wurde der Großgrundbesitzer Rudolf Czernin aus Prag, der Ing. Prosowetz und ein Diener Konrad schwer verletzt. Der Automobilkenner Pospisil erlitt nur leichte Verletzungen.

**Ein rätselhafter Straftatbestand** wurde nach dem „Rude Právo“ in Muntacz vollführt. Zum Munitionsdepot kam ein unbekannter Mann in der Uniform eines tschechoslowakischen Offiziers in Begleitung zweier Zivilisten und verlangte vom Wachposten die Herausgabe von zwei Riflen. Der Soldat verabsagte ihm das Verlangen, weil er sehr sicher auftrat. Tags darauf wurde die ganze Wachabteilung, bestehend aus 14 Mann, welche am Vortage Wachdienst zu versehen hatte, verhaftet, da es sich um einen Diebstahl handelte. Der angeklagte Offizier mußte mit allen Verhältnissen im Magazine vertraut sein und er mußte auch gute Beziehungen haben, weil er das Lösungswort kannte.

### Kleine Chronik.

**Explosionskatastrophe in den Hüttenwerken von Couillet.**

**Nacht Tote, 27 Verletzte.**  
In den Hüttenwerken von Couillet bei Charleroi in der belgischen Provinz Hennegau flogen am Dienstag zwei Hochofen in die Luft. Das Unglück entstand beim Schmelzen einer Erzsandung, wobei die im Ofen angesammelten Gase explodierten. Nach den letzten Meldungen wurden 31 Arbeiter in das Hüttenkammerhaus gebracht. Alle waren schwer verbrannt, zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, zwei andere haben beim Ausen ihres Namens nicht mehr geantwortet. Vier Verbrannte starben an den Folgen ihrer Brandwunden und zehn sind in Lebensgefahr. Ein Ingenieur wurde im Momente der Explosion in die Trümmer hineingeworfen. Mittwoch um 10 Uhr abends entstand eine neue Explosion, welche die Hälfte des 40 Meter hohen Kamins zerstörte. Der Werkmeister, welcher der letzten Explosion entronnen war, wurde unter den Trümmern begraben.

**Eine finnische Insel versunken.** Im Lande der 30.000 Seen, das auch an größeren und kleineren Inseln unendlich reich ist, ist kürzlich ein Eiland vollkommen in den Fluten versunken. Es handelt sich um eine Insel in der Größe von einigen hundert Quadratmetern, die in dem breiten Raafola-Kanal, einem Wasserlauf lag, der zu Vuoksen, einem der größten Flüsse im Nordosten Finnlands, gehört. Die aus sanftem Erdreich bestehende Insel verschüttete die dicht an ihr vorüberlaufende Fahrstraße des schiffbaren Kanals vollständig und machte den Wasserverkehr unmöglich, da das Fahrwasser nach dem Verschwinden der Insel nur noch zweieinhalb Meter tief ist. Das versunkene Eiland gehörte dem Staat, der an Ruwert auf diese Weise einen Verlust von mehreren zehntausend Finn-Mark erlitten hat.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

**Vereinigung der Angestelltenorganisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.**

Am 18. Juli fand im Sekretariate des Werkmeister- und Industriebeamtenverbandes in Reichenberg unter dem Vorsitz des Gen. Bergmann eine Sitzung des Ausschusses der Vereinigung der Angestelltenorganisationen statt, an der außer den Vertretern der angeschlossenen Verbände auch der Sekretär der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

**Wo verkehren wir?**  
Café Continental, Prag-Graben  
Restaurant Goldenes Kreuzel, Prag-Nejankla.

bundes Gen. Macoun teilnahm. Die Sitzung beschäftigte sich mit einer Reihe wichtiger Angelegenheiten. So berichtete Gen. Bergmann über das Zusammenarbeiten mit den tschechischen freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen durch die Zentrale der Angestelltenverbände, worauf nach eingehender Wechselrede entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden.

Ueber sozialpolitische Fragen referierte Genosse Löwit. Er verwies u. a. auf die Tätigkeit der Betriebsausschüsse, der Schiedskommissionen, auf die Verlängerung der Verordnung über die Kündigungseinschränkungen, auf einige kraft der Organisationserrungungen Fortschritte in der Sonntagsruhe im Handel und auf die Sozialversicherung. Er referierte über den Gesetzentwurf betreffend die Fortbildungsschulen, über etwa zu errichtende Kammern für Angestellte und Arbeiter, über den Gesetzentwurf betreffend die Wahlordnung in die Pensionsanstalt, über Vorschläge und über die Erweiterung des Gewerbegerichts wesens. Es wurde dabei festgestellt, daß eine Vermehrung der Berufsgerichte sich als notwendig erweist und daß vor allem die gesamte Angestellten- und Arbeiterschaft der Gerichtsbarkeit der Berufsgerichte zu unterstellen sei. Ebenso einmütig wurde gegen die drohende Untergrabung der Existenz der Angestellten bei der Verstaatlichung der Wälder protestiert und das Sekretariat beauftragt, mit den zuständigen Stellen für die Interessen dieser Angestelltenschaft zu wirken.

Ausführlich beschäftigte sich Gen. Löwit mit einem vom Abg. Gen. Hirsch ausgearbeiteten Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des derzeitigen Handlungshilfengesetzes (Dienstvertragsgesetzes). Besonders über diesen Entwurf wurden ausgiebige Beratungen gepflogen und das Sekretariat der Vereinigung mit der Durchführung der gefaßten Beschlüsse betraut.

Gen. Hirsch besprach dann noch eine Reihe von Organisationsangelegenheiten, unter anderem die Beziehungen zum Internationalen Privatangestelltenbund, die Errichtung einer Betriebsausschüssezentrale bei der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderes mehr.

Die auf diese Angelegenheiten bezughabenden Beschlüsse werden vom Sekretariate der Vereinigung bzw. von den Verbandsleitungen durchgeführt werden.

**Verbandsstag der Metallarbeiter.** Der Zentralvorstand des Internationalen Metallarbeiterverbandes beruft für die Zeit vom 30. September bis eventuell 5. Oktober den 2. ordentlichen Verbandsstag nach Karlsbad (Schützenhaus) ein. Als Tagesordnung schlägt der Zentralvorstand vor: 1. Geschäftliches: a) Eröffnung; b) Geschäftsordnung; c) Wahl der Mandats-, Wahl- und Antragsprüfungskommission. 2. Begrüßungsansprachen: a) des Vorstandes; b) der Kontrolle; c) des Schiedsgerichtes. 3. Wirtschaftskrise und Lohnkämpfe. 4. Unsere internationalen Beziehungen. 5. Betriebsausschüsse und die Voraussetzungen für ihr erfolgreiches Wirken. 6. Arbeiterrecht und Sozialgesetzgebung in der Tschechoslowakei. 7. Staatliche Arbeitsloosensfürsorge (Center System) und die Gewerkschaften. 8. Statutenänderung und Anträge. 9. Neuwahlen. 10. Sonstiges.

**Metallarbeiterstreik in Südrussland.** Wie aus Moskau gemeldet wird, ist ein großer Teil der Betriebe und Werke der südrussischen Metallindustrie in Streik getreten. Für die Lage der russischen Arbeiterklasse ist es charakteristisch, daß die einzige Forderung der streikenden Arbeiter in der Bewilligung eines Monatslohnes von siebeneinhalb Goldrubel anstelle der ihnen gebotenen fünf Goldrubel besteht. Vor dem Kriege beliefen sich die Durchschnittslöhne in der südrussischen Metallindustrie auf etwa das Zehnfache der jetzigen Löhne. Seit Ende des vorigen Jahres ist ein andauerndes Sinken der Löhne zu verzeichnen. So sind nach amtlichen Quellen die Reallohne vom November vorigen Jahres bis zum Mai dieses Jahres fast auf ein Drittel zurückgegangen. Im Uralgebiet belaufen sich die Durchschnittslöhne der Arbeiter auf viereinhalb Goldrubel im Monat. Die Lage der Arbeiter ist so verzweifelt, daß sie trotz der drohenden Repressalien zum letzten Mittel des Streiks gegriffen haben.

### Kurse der Valuten.

Prager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden 1778, 100 Mark 870, 100 Schweiz. Franken 877, 100 Lire 207, 100 franz. Franken 371, 1 Pfund Sterling 204, 1 Dollar 46.10, 100 belg. Franken 359, 100 Belfas

706.50, 100 Dinar 53.75, 100 österr. Kronen 0.14, 100 poln. Mark 0.86, 100 ung. Kronen 3.12.5.

Zürcher Kurse. Berlin 1.—, Wien 0.01.75, Prag 11.00, Holland 202.50, New York 5.20.25, London 23.10, Paris 43.45, Mailand 23.75, Budapest 0.33.5, Ugram 1.52.5, Warschau 0.09, Wien gest. 0.02.

### Turnen und Sport.

**Beispielspiel.** Stockholmer Stadionspiele. 100 Meter: 1. Sandström 11.1 Sek., 2. Nilja 11.3 Sek. — 400 Meter: 1. Engdahl 49.9 Sek., 2. Branting 50.5 Sek., 3. Stein, 4. Wejnarth. — 800 Meter: 1. Sundblad 1:58.8, 2. Anderfson 1:59.4. — 1500 Meter: 1. Lundgren 4:24.2. — 5000 Meter: 1. Backmann 15:11.3, 2. Bergström 15:25, 3. Thurefson 15:41.2. Backmann lief dabei 1500 Meter in 4:14.8, 3000 Meter in 8:53.2. Ans Ziel kamen 10 Mann, die Zeit des Letzten betrug 16:50.1. — 4 mal 100 Meter: 1. Stockholm 43.8 Sek., 2. Stane. — 110 Meter Hürden: 1. Lindström 16.2 Sek., 2. Johansson 16.2 Sek. — Weitsprung: G. Johansson 6.83 Meter. 2. Abrahamsson 6.80 Meter, 3. E. Nilsson 6.70 Meter. — Dreisprung: 1. Runström 13.94 Meter, 2. Deberg 13.76 Meter. — Hochsprung: 1. Tirén 1.75 Meter. — Dieselbe Höhe von 1.75 Meter erreichten noch fünf weitere Springer. — Stabhochsprung: 1. Tirén 3.50 Meter. — Speer (beiderarmig): 1. Lillier 101.43 Meter (rechts 58.54 Meter), 2. Blomquist 99.52 Meter. — Diskus: 1. Eriksson 75.36 Meter (rechts 39.74 Meter). — Kugel: 1. B. Jansson 26.02 Meter (rechts 13.69 Meter), 2. Nilsson 24.70 Meter (13.08 Meter). — Den Stadionspiel-Marathonlauf gewann Sonntag in Stockholm G. Rinn aus Uppland in 2:36:12.3, 2. A. Gustafsson 2:46:50.8, 3. Örtner 2:51:15.1.

**Fußball.** Sparta Prag, soll sich an dem vom 1. bis 9. August in Göteborg stattfindenden Fußballturnier um den Pokal der Göteborg-Könige (Zeitung) beteiligen. — Bránn. SR. Zidenice gegen Ahilles 2:0. — Wien. WAC. gegen Floridsdorf 2:1 (Freundschaftsspiel).

### Mitteilungen aus dem Publikum.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

**Bereits in zehn Tagen den 1. August d. J. ZIEHUNG der Staatsprämien-Baulose.**

Gezogen werden

**1 Treffer zu 1,000,000 Kč**

2 Treffer	zu 500,000 Kč
10 Treffer	zu 100,000 Kč
20 Treffer	zu 50,000 Kč
50 Treffer	zu 20,000 Kč
50 Treffer	zu 10,000 Kč
100 Treffer	zu 5,000 Kč
200 Treffer	zu 2,500 Kč
1,000 Treffer	zu 1,500 Kč
1433 Treffer	um 8,000,000 Kč

Verlangt Prospekt!

970

### Bibliotheten

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. Inserieren Sie im Sozialdemokrat !!

**Tragen Sie der vielen Vorteile wegen PALMA Kautschuk Absätze und Sohlen**

